

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Heidemarie Wieszorek-Zeul MdB und Gerhard Schmid MdEP zu Versäumnissen der Bundesregierung und dem Erfordernis eines offensiven Konzepts: Bonn verspielt Europa-Vertrauen.

Seite 1

Hermann Bachmaier MdB zur notwendigen Prävention gegen die ständig zunehmende Zahl der Autodiebstähle: Wer schützt die Autodiebe?

Seite 2

Rudolf Müller MdB zur sozialen Entwicklung in der Landwirtschaft: Abkehr vom bäuerlichen Familienbetrieb?

Seite 3

Peter Conradi zum journalistischen Umgang mit einem Schlagwort: 'Etabliert'.

Seite 4

47. Jahrgang / 84

4. Mai 1992

### Bonn verspielt Europa-Vertrauen

**Zu Versäumnissen der Bundesregierung und dem Erfordernis eines offensiven Konzepts**

**Von Heidemarie Wieszorek-Zeul MdB**

**Mitglied des SPD-Präsidiums**

**und Gerhard Schmid MdEP**

**Vorsitzender der Gruppe der SPD-Europa-Abgeordneten**

An der Schwelle zum EG-Binnenmarkt und zur politischen sowie Wirtschafts-, Währungs- und Sozial-Union in Europa hat es die Bundesregierung versäumt, sich der Unterstützung der Bevölkerung für diesen großen Zukunftsentwurf zu versichern. Statt durch kontinuierliche Vertrauensarbeit haben Teile der Regierungsparteien das Thema Europa tagespolitisch mißbraucht, so daß heute bei vielen Menschen Befürchtungen um den Bestand der wirtschafts-, währungs- und sozialpolitischen Errungenschaften bestehen. Die Konsequenz dieser falschen Politik der Konservativen ist ein Zuwachs an Wählerstimmen für den rechtsextremistischen Rand.

Mit Blick auf den morgigen Europa-Tag nennen wir folgende Beispiele für den Vertrauensverlust der Bonner Europa-Politik:

- Weil die Bundesregierung nicht früh- und rechtzeitig über die Pläne zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion aufgeklärt hat, hat sich in der Bevölkerung Angst um den Verlust der DM breitgemacht.
- Weil die Bundesregierung es in der Sozialpolitik zugelassen hat, daß seit der Verabschiedung des sozialen Aktionsprogramms der EG im Jahre 1989 von 47 Initiativen bisher gerade drei den Ministerrat passiert haben, droht im Projekt Binnenmarkt die soziale Dimension unter die Räder zu kommen.
- Weil die Bundesregierung die Zuwanderer-Politik mit falschen Argumenten auf die Asylfrage verkürzt hat, anstatt tatkräftig eine europäische Lösung der Problematik anzusteuern, hat sie die Verunsicherung vergrößert.
- Weil die Bundesregierung die Demokratie-Verluste hingenommen hat, hat sie der Angst vor zunehmender Bürokratisierung Vorschub geleistet, anstatt einen konkreten Plan zum Ausbau der Parlamentsrechte vorzulegen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kunstleder-Übergang  
mit recyceltem Rohstoff  
Kunststoff-Papier



Wir fordern ein offensives Konzept, das für die Mehrheit der Bevölkerung nachvollziehbar macht, daß das Zusammenwachsen Europa eine bessere und friedlichere Zukunft für alle bedeutet. dem Stellenwert der Europapolitik wäre es angemessen, endlich ein eigenständiges Europaministerium zu bilden.

(-/4. Mai 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Wer schützt die Autodiebe?**

**Zur notwendigen Prävention gegen die ständig zunehmende Zahl der Autodiebstähle**

**Von Hermann Bachmaler MdB**

**Stellvertretender Sprecher für Rechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion**

Seit Jahren nimmt die Zahl der Autodiebstähle in der Bundesrepublik dramatisch zu. Im Jahre 1989 wurden 17.000 Fahrzeuge vermißt, im Jahre 1990 waren es bereits 23.000 Kraftfahrzeuge. Im vergangenen Jahren haben die Autodiebstähle wiederum um mehr als 20 Prozent zugenommen. Die derzeitige Aufklärungsquote liegt jedoch bei lediglich rund 15 Prozent. Durch Kraftfahrzeugdiebstähle wird jährlich ein volkswirtschaftlicher Schaden von rund 1,2 Milliarden DM verursacht. Experten schätzen den durchschnittlichen Wert jedes gestohlenen Fahrzeugs auf rund 40.000 DM. Die dramatische Erhöhung der Autodiebstähle ist symptomatisch für die gesamte Entwicklung der sogenannten Massenkriminalität.

Während allenthalben über weitere polizeiliche Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser Straftaten heftig diskutiert und gestritten wird, redet kaum jemand darüber, ob es nicht Mittel und Wege gibt, diese zunehmenden Delikte wirkungsvoller als bisher zu verhindern.

Die angesehene Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) hat kürzlich einen Leitartikel mit dem Titel veröffentlicht "Kraftfahrzeugdiebstahl - ein lösbares Problem". In diesem Beitrag berichtet ein Abteilungspräsident des Bundeskriminalamtes, also einer, von dem man annehmen kann, er weiß, wovon er spricht, darüber, daß man heute ohne Schwierigkeiten sämtliche Fahrzeuge mit einer unüberwindlichen Diebstahlsicherung ausrüsten könne. Die Kosten dafür würden pro Fahrzeug nicht einmal DM 200 betragen. Relativ leicht installierbare Sicherungssysteme auf elektronischer Basis könnten die Fahrzeuge diebstahlsicher machen, so der Wiesbadener Experte. Weder von Seiten der Kraftfahrzeughersteller noch von Seiten der Autoversicherer werden jedoch, so klagt Abteilungspräsident Dr. Stelnke vom Bundeskriminalamt, bislang Anstrengungen unternommen, um die technisch möglichen Sicherungen zur Diebstahlsicherungsverhinderung durchzusetzen. Gefordert sei nunmehr der Gesetzgeber, der endlich die Voraussetzungen dafür schaffen müsse, daß kein Kraftfahrzeug mehr zugelassen wird, das nicht mit einem derartigen Sicherungssystem ausgestattet ist.

Wenn es tatsächlich möglich ist, daß mit einem Aufpreis von weniger als DM 200 die Kraftfahrzeuge diebstahlsicher gemacht werden können und damit allen Autodieben das Handwerk gelegt werden kann, dann kann es wohl kein Zögern geben, schleunigst die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen und die Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung zu verbessern.

Ich frage mich, ob es wirklich nur Schlamperei war, daß bis zum heutigen Tag Automobilindustrie, Versicherungswirtschaft und die Bundesregierung dem immer dreister werdenden Treiben der Autodiebe tatenlos zusehen und dies, obwohl es offensichtlich schon längst Möglichkeiten gibt, Abhilfe zu schaffen. Das Beispiel, Autodiebstähle zu verhindern, zeigt im übrigen

auch, daß es lohnenswert ist, sich einmal gründlicher Gedanken darüber zu machen, wie ein erheblicher Teil der sogenannten Massenkriminalität durch präventive Maßnahmen verhindert werden kann. Wer Verbrechen vermeidet, bewahrt nicht nur die Betroffenen vor Schaden, er bewahrt uns auch davor, zur Verbrechensbekämpfung Wege zu beschreiten, die dem Rechtsstaat nicht immer gut bekommen.

(-/4. Mai 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Abkehr vom bäuerlichen Familienbetrieb?** **Zur sozialen Entwicklung in der Landwirtschaft**

Von Rudolf Müller MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages

Unbestimmte Begriffe - Soziologen nennen das Leerformeln - sind in der Politik unverzichtbar. Das gilt zum Beispiel für den Begriff "Soziale Marktwirtschaft". Er besagt allerdings nicht mehr, als daß das Wirken des Marktes ständig darauf hin kontrolliert werden muß, ob es zu sozial vertretbaren Ergebnissen führt und daß solche Ergebnisse notfalls durch das Eingreifen der Politik erzwungen werden müssen. Welche Maßnahmen dazu besser oder schlechter geeignet sind, muß immer wieder neu diskutiert werden. So weit, so gut.

Schlimm wird es dann, wenn solche Begriffe oder Leerformeln dazu dienen sollen, einen bestimmten historischen Zustand zu konservieren, wo sie doch nur deutlich machen können, worauf es im Prinzip ankommt. Genau dies, nämlich die Konservierung eines einmal vorhandenen Zustands, wurde mit dem Begriff "Familienbetrieb" in der Agrarpolitik versucht.

Das war jedoch vergeblich, wie die Entwicklung auch hier gezeigt hat. Viele Politiker konnten sich mit dem Bekenntnis zum Familienbetrieb um konkrete Antworten auf anstehende Probleme herumdrücken. Viele Bauern fühlten und fühlen sich bis heute betrogen, weil öffentliche Bekenntnisse eben nicht in der Lage sind, Strukturwandel zu verhindern, der den einzelnen oft hart trifft. Und wie das so ist, ist das Ergebnis einer solchen Politik auch hier, daß man das Kind mit dem Bade auszuschütten droht.

Weil man nicht alle Familienbetriebe erhalten kann, wird nun so getan, als ob der Familienbetrieb keine Zukunft haben. Davon kann aber keine Rede sein. Das Entscheidende am Familienbetrieb ist die Familie - was denn sonst? In der Regel sind das heute - und erst recht künftig - in der bäuerlichen Landwirtschaft zwei volle Familien, die mit Hilfe der modernen Technik Kapazitäten bewirtschaften können, die durchaus wettbewerbsfähig sind. Diejenigen Bauern, die sich konsequent solche Kapazitäten aufgebaut hatten, wurden häufig genug als Inhaber von Agrarfabriken oder Industriebauern beschimpft, die dazu noch, wie gesagt wurde, die Umwelt schädigen, was andere erst recht verleitete, den Kleinbetrieb als Ideal zu preisen.

Doch auch der Begriff "klein" verführt zu falschen Schlüssen. Auch "kleine" Betriebe, das heißt Betriebe mit Kapazitäten, die nicht ausreichen, ein angemessenes Einkommen allein aus der Landwirtschaft zu erzielen, können durchaus beim Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen wettbewerbsfähig sein. Das zeigen viele Nebenwerbsbetriebe, zu denen künftig auch flächenstarke Ackerbaubetriebe gehören werden, die das derzeit noch gar nicht wahrhaben wollen. Sie alle sind aber ebenfalls Familienbetriebe im Sinne des Wortes.

Wenn man daran denkt, daß auch die schärfsten Konkurrenten der deutschen Landwirtschaft im Ausland Familienbetriebe sind, wundert man sich doch ein bißchen darüber, mit welchem Eifer manche den Familienbetrieb jetzt abschreiben. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern wird langfristig keineswegs beweisen, daß der Familienbetrieb am Ende ist. Auch dort wird die Diskussion aus vielen, auch aus verständlichen Gründen, zu ideologisch geführt. Zwar hatten die LPGen und haben deren Nachfolgeunternehmen große Kapazitäten, aber noch immer haben viele, wenn man das unter Wettbewerbsgesichtspunkten sieht, zu viele Arbeitskräfte, die häufig - weil Alternativen für die Menschen fehlen - als Begründung für eine besondere Förderung solcher Unternehmen herhalten müssen.

Wenn man soziale Probleme aber mit sozialen Maßnahmen löst, und im übrigen Wettbewerbsverzerrungen vermeidet, wird sich zeigen, daß Familienbetriebe wettbewerbsfähig sein können. Das gilt erst recht dann, wenn in den neuen Ländern Vermögensauseinandersetzungen anständig erfolgen, wenn man neue Unternehmen nicht mit Kapital anderer Leute aufbaut, die darum betrogen werden. Familienbetriebe können, wie bereits festzustellen ist, zum Beispiel auch in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder einer GmbH auftreten, warum denn nicht? Alles ist ständigem Wandel unterworfen, auch das Erscheinungsbild eines landwirtschaftlichen Familienbetriebes. Aber er bleibt so lange Familienbetrieb, wie die Familie in einem Betrieb das bestimmende Element bleibt. Sollte es allerdings auch in Zukunft nicht möglich sein, die Strukturfrage rational zu diskutieren, wäre es tatsächlich besser, auf den Begriff "Familienbetrieb" zu verzichten und stattdessen vom "wettbewerbsfähigen Betrieb" zu sprechen. Ich fände das zwar schade, aber an der voraussichtlichen Entwicklung würde sich auch dadurch nichts ändern.

(-/4. Mai 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### "Etabliert"

Zum journalistischen Umgang mit einem Schlagwort

Von Peter Conradl MdB

Die Vokabeln der allgemeinen Parteienbeschimpfung sind nicht eben originell. Das häufigste Wort, das den Journalisten zur Zeit einfällt, ist "etabliert". Von den "etablierten Parteien" haben die 88er schon vor 20 Jahren geredet. Nun sind einige selbst etabliert. Bei der Diagonal-Karriere von links unten nach rechts oben hat mancher seine Not mit dem Gesinnungswechsel. Aber der gute alte Freud schreibt aus dem Unterbewußtsein mit, und so wie sie früher von links her Parteien, Parlament und Politik als "etabliert" beschimpft haben, so beschreiben sie nun von rechts her Parteien, Parlament und Politik als "etabliert".

Etabliert, das heißt laut Duden; positiv "einen sicheren Platz in der Gesellschaft haben", negativ "sich breit machen". Beides trifft auf die Parteien zu, die Grünen eingeschlossen. Aber warum schreibt eigentlich niemand über die "etablierten Kirchen", über die "etablierten Gewerkschaften", über die "etablierten Großunternehmen", oder gar über so "etablierte Zeitungen" wie die FAZ, die Stuttgarter Zeitung oder die Welt, um drei besonders etablierte Blätter zu nennen? Etabliert ist eben ein bequemes Schimpfwort geworden, ein etabliertes Schimpfwort!

(-/4. Mai 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*